

Ende Mai / Anfang Juni

## ARBEITSKREIS „BEGEGNUNG MIT DER JÜDISCHEN GEMEINDE PETROSAWODSK“

AN DER DIETRICH-BONHOEFFER-KIRCHE

72076 TÜBINGEN, 2010-05-22  
BERLINER RING 12/2  
☎ 07071 62015 📠 07071 65607

Dekanin

Dr. Marie-Luise Kling-de Lazzer

Neckarhalde 27

72070 Tübingen

und an die Pfarrämter

der Evang. Gesamtkirchengemeinde Tübingen

### Ausstellung „Die Nakba“, Gemeindehaus „Lamm“

Sehr geehrte Frau Dr. Kling-de Lazzer,  
sehr geehrte Pfarrerinnen, Pfarrer und Kirchengemeinderäte in Tübingen,

der Arbeitskreis „Begegnung mit der jüdischen Gemeinde Petrosawodsk“ hat in seiner Sitzung vom 19. Mai mit großer Verwunderung die Ankündigung „Ausstellung im Lamm – Flucht der Palästinenser“ in „Kirche in der Stadt“ Juni-September 2010, S. 5, zur Kenntnis genommen.

Wir halten bereits den ersten Satz der Meldung (‐Die Ausrufung des israelischen Staates 1948 hat den überwiegenden Teil der Palästinenser zu einem Volk von Flüchtlingen gemacht.‑) nicht für eine historische Aussage (die zudem falsch wäre), sondern für eine einseitige nicht gerechtfertigte Schuldzuweisung des palästinensischen Elends an Israel. Die Ausrufung des Staates Israel geschah in Konsequenz aus dem Völkerrecht (Balfour-Erklärung, Völkerbund-Mandatsvertrag, UNO-Teilungsbeschluss). Der Versuch, die Umsetzung der UNO-Resolution 181 gewaltsam zu verhindern und die Juden zu vernichten, sobald die Briten aus dem Land wären, ging von den palästinensischen Arabern und den arabischen Nachbarstaaten aus und begann lange vor dem britischen Abzug. Der UN-Sicherheitsrat hatte jeden solchen Versuch als „einen Bruch des Friedens oder als eine Angriffshandlung“ bezeichnet (vgl. Punkt A.c der Resolution).

In der Ausstellung erfährt man hiervon nichts. Denn sie ist von programmatischer Einseitigkeit. Ihre historische Darstellung ist unvollständig. Denn es geht nicht um Wahrheit, sondern um Interessenpolitik.

Die Einseitigkeit wird mit einem angeblich notwendigen „Tabubruch“ begründet, unserer Meinung nach ein Scheinargument. Bücher etwa von Helga Baumgarten oder israelischen so genannten neuen Historikern bzw. „Postzionisten“ (Benny Morris, Tom Segev, Ilan Pappé, Avraham Burg, Shlomo Sand u.a.) stießen in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Deutschland auf erhebliche Beachtung, besonders auch in Kreisen, die sich dem christlich-jüdischen Dialog verpflichtet fühlen.

Die Ausstellung schafft vielmehr selbst neue Tabus. Sie verschweigt konsequent palästinensisch-arabische Aggressionen gegen die Juden Palästinas (besonders in den Jahren 1920/21, 1929, 1936-38 und 1945-48), um die Palästinenser durchgängig als Opfer darzustellen. Zweifellos wurde ihnen Unrecht und Leid zugefügt. Sie sind Opfer, aber nicht ausschließlich. Vor allem sind sie nicht nur Opfer Israels. Wenn Sie z. B. die noch kaum bekannten Forschungen der deutschen Historiker Mallmann und Cüppers (verlegt bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft) lesen, werden Sie erkennen, wie sehr die Palästinenser Opfer ihrer eigenen gewalttätigen und antisemitischen Führung wurden. Mufti Hadschi Amin el-Husseini, ein Verwandter und politischer Ziehvater Yassir Arafats, verschärfte den Konflikt mit den Juden Palästinas seit den 1920er Jahren, lud ihn religiös auf, beseitigte verständigungsbereite Araber und koalierte mit den Nazis. Dreißig Jahre lang legten die Palästinenser ihr Schicksal in die Hände dieses Fanatikers, selbst dann noch, als er bereits im Exil war. 1942-45 lebte er in Berlin, von wo er mit allen Mitteln dafür sorgte, dass viele Tausend bosnischer Juden nicht an die Alliierten ausgetauscht, sondern in Vernichtungslager deportiert wurden. Der Mufti rechnete damit, dass das deutsche Afrikakorps Palästina erobern würde. In Athen standen im Sommer 1942 zweitausend SS-Männer zur Verschiffung nach Palästina bereit, wo sie zusammen mit Anhängern des

Mufti den Holocaust an den palästinensischen Juden verüben sollten. Fünf Jahre später hatte der Mufti das Oberkommando über die palästinensischen Truppen und versuchte zu vollenden, was die Briten vor El-Alamein vereitelt hatten. Aber für die Ausstellungsmacher sind die arabischen Vernichtungsdrohungen gegen Juden nichts als Rhetorik. Sie fordern Verständnis für das Leid der Palästinenser und prangern an, dass und wie Juden um ihr Überleben kämpften.

Warum wird nicht erwähnt, dass das erklärte arabische Ziel im Krieg von 1947-49 die Vernichtung der Juden war? Warum wird nicht erwähnt, dass sich alle arabischen Staaten für den Sieg Israels mit Vertreibung und Verdrängung ihrer jüdischen Bürger rächten, so dass die Zahl der Juden in diesen Ländern von (um 1930) ca. 1,2 Millionen auf heute ca. 5.000 gesunken ist? Dass der entschädigungslos enteignete Grundbesitz dieser Menschen nach israelischen Angaben fünf Mal so groß ist wie der Staat Israel? (Quelle: Johannes Gerloff, KEP) Warum wird die von arabischen Führern und UNO betriebene Nichtintegration der palästinensischen Flüchtlinge in ihren Fluchtländern nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern stattdessen die uneingeschränkte Forderung nach einem Rückkehrrecht bekräftigt, das den Staat Israel als jüdischen Staat zerstören würde? Warum wird z. B. nicht auf den Kompromissvorschlag der Genfer Initiative hingewiesen, die Flüchtlingsfrage zu lösen? Warum werden im Ausstellungs-Flyer nur Namen von selbstkritischen Juden genannt (Ilan Pappé, Daniel Cil Brecher, Ernst Tugendhat) und nicht auch von selbstkritischen Arabern bzw. Palästinensern? Das ist nur ein kleiner Teil unserer Kritik an der Ausstellung.

Es geht hier offensichtlich nicht um Information, sondern um einseitige politische Beeinflussung.

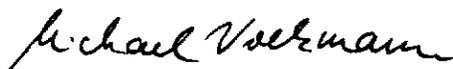
Die EKD setzte bereits 1975 folgende Standards gegen Einseitigkeit: Christen „haben ... die Verpflichtung, den völkerrechtlich gültigen Beschluß der Vereinten Nationen von 1947 anzuerkennen und zu unterstützen, der den Juden ein gesichertes Leben in einem eigenen Staat ermöglichen soll. Zugleich haben Christen sich aber auch nachdrücklich für einen sachgemäßen Ausgleich zwischen den berechtigten Ansprüchen beider, der palästinensischen Araber und der Juden, einzusetzen. Weder dürfen allein den palästinensischen Arabern die Folgen des Konflikts auferlegt sein noch darf allein Israel für die Auseinandersetzung verantwortlich gemacht werden.“ (EKD-Studie Christen und Juden I, III.3). In der vom Stuttgarter Oberkirchenrat 2005 angenommenen Erklärung württembergischer Christen „Einen gerechten Frieden im Nahen Osten fördern“ heißt es: „Unsere Gesprächspartner in Israel und Palästina erwarten von uns aufmerksames Wahrnehmen, Einfühlung in ihre Situation und konkrete Hilfe. Einfache Erklärungsmuster, schematisches Freund-Feind-Denken und einseitige Schuldzuschreibungen werden der Realität nicht gerecht und tragen nicht zum Frieden bei.“

Wir sehen durch die Einseitigkeit dieser Ausstellung die Grundsätze dieser beiden Erklärungen verletzt. Als Kirche sind wir dem Frieden verpflichtet. Versöhnung setzt die Anerkennung gegenseitiger Verletzung und eigener Verantwortung voraus. Die „Nakba“-Ausstellung hat eine völlig andere Ausrichtung.

„Honestly Concerned“ schreibt (in: Nahostkonflikt-Doppelausgabe, 21.05.2010): „Diese Ausstellung ist absolut einseitig, schürt Israelhass und stellt das Existenzrecht Israels in Frage. Dieser Wanderausstellung Flächen zur Verfügung zu stellen, z. T. durch öffentliche Mittel, hat nichts mit der Förderung von ‚Dialog‘ oder dergleichen zu tun!“ Folgt man dieser Einschätzung, so stellen sich die Veranstalter sogar gegen die soeben erst im Zusammenhang mit der Bad Boll Tagung „Partner für den Frieden: Mit Hamas und Fatah reden“ bekräftigte Grundposition der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, sie stehe fest zum Existenzrecht Israels.

Wir fragen: Was hat eine evangelische Kirchengemeinde unter den Veranstaltern einer solchen einseitigen politischen Aktion zu suchen? Warum findet diese Veranstaltung, die den Kampf der Palästinenser gegen Israel, nicht aber die Suche nach einer tragfähigen Friedensregelung unterstützt, in Räumen der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Tübingen statt?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Volkmann  
für den Arbeitskreis „Begegnung mit der jüdischen Gemeinde Petrosawodsk“



Dr. Kurt Sütterlin